



Protokoll der außerordentlichen paneuropäischen Konferenz / EGBW- Generalversammlung, 22. November 2010

1. Einführung und Begrüßung

Präsident Ronnie Smith (EIS, UK) begrüßte die Delegierten und erinnerte die TeilnehmerInnen an den Zweck der außerordentlichen paneuropäischen Konferenz/EGBW-Generalversammlung (nachfolgend als „Konferenz“ bezeichnet), nämlich die Annahme der revidierten Satzung der paneuropäischen Struktur. Der Präsident dankte den Organisationen dafür, dass sie der Aufforderung, kleine Delegationen zu entsenden, gefolgt sind, und betonte, dass diese Konferenz ein entscheidender Schritt in einem langen Prozess der Satzungsrevision sei. Sollte die neue Satzung angenommen werden, so würde das EGBW all seine Ressourcen und Energie darauf verwenden, sich mit den zahlreichen Herausforderungen, mit denen die europäische Lehrgewerkschaftsbewegung derzeit in Anbetracht der Wirtschaftskrise konfrontiert ist, auseinanderzusetzen.

Der Präsident stellte auch die Mitglieder, die sich freiwillig dazu bereit erklärt hatten, als StimmenzählerInnen für die Wahl zu fungieren, vor und dankte ihnen: Marilo Reina (FE CCOO, ES), Sheila Nunan (INTO, IE), Dorota Obidniak (ZNP, PL), Helmut Skala (GÖD, AT) und Anders Rusk (OAJ, FI).

2. Konferenzgeschäftsordnung

Der Vorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung für die Sitzung, wie in den verbundenen, an die Delegierten ausgegebenen Unterlagen dargelegt. Die Geschäftsordnung sei dieselbe, wie in vorhergehenden Konferenzen.

3. Bericht des Mandatsprüfungsausschusses

Der Bericht des Mandatsprüfungsausschusses wurde vom Schatzmeister Walter Dresscher präsentiert und von der Konferenz angenommen.

4. Bericht des Ausschusses/Vorstands

Der Präsident führte in den Bericht des Exekutivausschusses/Vorstands ein und bezog sich insbesondere auf den Prozess der Satzungsrevision. Dieser Prozess hatte bei der Konferenz von 2006 mit der Bildung einer Arbeitsgruppe begonnen, die damit beauftragt worden war, ausgehend von Konsultationen mit Mitgliedsorganisationen einen Vorschlag für eine neue Satzung auszuarbeiten. Dieser Vorschlag wurde bei der Folgekonferenz in Warschau im Jahr 2009 abgelehnt. Der Vorgang wurde daraufhin mit einem neuen Entwurf, der an alle Mitgliedsorganisationen verschickt wurde,



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

fortgesetzt. Das Büro nahm einige der von den Mitgliedsorganisationen unterbreiteten Vorschläge auf und schlug eine neue Fassung vor, die am 15. Juni 2010 vom paneuropäischen Ausschuss/Vorstand gebilligt wurde. Dieser Vorschlag werde der außerordentlichen Konferenz am 22. November 2010 zur Prüfung vorgelegt.

Im Falle der Annahme der neuen Satzung würde eine Arbeitsgruppe mit der Arbeit fortfahren und Vorschläge zu vier spezifischen Bereichen zur Verbesserung der Vertretung der europäischen Lehrer ausarbeiten. Der Präsident forderte die Delegierten dazu auf, den genauen Aufgabenbereich dieser Arbeitsgruppe im Dokument „Stellungnahme zur Information der außerordentlichen Konferenz/Generalversammlung“ nachzulesen.

5. Präsentation der Satzung und der Übergangsregelung

Der stellvertretende Generalsekretär Charlie Lennon führte in die neue Satzung ein und ging insbesondere auf die Unterschiede zwischen dieser Fassung und der im Jahr 2009 abgelehnten Fassung ein. Diese Unterschiede würden in erster Linie die Arbeitsweise des Ständigen Ausschusses, den Haushalt und den Buchhaltungszyklus sowie die Übergangsregelungen betreffen. Ferner lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Vereinbarung bezüglich der Personalausstattung, die zwischen der BI-Hauptverwaltung und dem EGBW-Büro getroffen worden war. Er sagte, dass in Vorwegnahme einer positiven Entscheidung durch die Konferenz Gespräche zwischen den MitarbeiterInnen der Büros für Anfang Dezember angesetzt worden seien, um zu versuchen zu gewährleisten, dass die besten und effizientesten Vorkehrungen für die Erbringung von Dienstleistungen und für die Vertretung der Mitgliedsorganisationen für die neue Organisation getroffen werden.

6. Debatte

6.1. Einführungsreden

Jörgen Lindholm (Läraryförbundet, SE) lobte die Sekretariate der BI und des EGBW für die während des gesamten Prozesses geleistete Arbeit. Herr Lindholm erklärte, dass die integrierte Struktur die Arbeit und Vertretung der europäischen Lehrgewerkschaftsbewegung, und insbesondere ihre Beziehungen zum Europarat, zu den EU-Institutionen und zum EGB verbessern würde. Er betonte, dass auch die Organisationen aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten von der Integration profitieren würden. Ferner hob er hervor, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen EGBW-Ausschüssen im Zuge der Integration erhöht würde. Im Namen des Ausschusses/Vorstands unterbreitete Herr Lindholm formell folgenden Vorschlag zur Abstimmung durch die Konferenz:

„Dass diese außerordentliche Konferenz/Generalversammlung

- i) die gesamte/n bestehende/n Satzung/Statuten für die paneuropäische Struktur, in die das EGBW eingegliedert ist, aufhebt,
- ii) die vorgeschlagene Satzung für das neue EGBW, in dem die paneuropäische Struktur und das frühere EGBW zu einer Organisation zusammengefasst sind, einschließlich der Übergangsregelungen, wie in der Anlage zu der Satzung dargelegt, annimmt und

Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

- iii) den zwischen der BI und dem EGBW getroffenen Vorkehrungen für die Einsetzung des EGBW-Büros als Regionalbüro der BI zustimmt.“

Kounka Damianova (SEB, BG) unterstützte Herrn Lindholms Vorschlag. Sie begrüßte den am Ende eines langen Prozesses erzielten Kompromiss und erinnerte die Delegierten an das Engagement, das die mittel- und osteuropäischen Länder für eine vereinte europäische Organisation übernommen haben. Frau Damianova hob auch hervor, dass die Handlungsmöglichkeiten, insbesondere im kürzlich aufgenommenen europäischen sektoralen sozialen Dialog Bildung (ESSDE) durch die neue Struktur verbessert würden.

6.2. Offene Debatte

François Chaintron (FO, FR) verlas eine, von sieben Mitgliedsorganisationen unterzeichnete Erklärung, in der Bedenken bezüglich des Prinzips und des möglichen Ergebnisses des ESSDE zum Ausdruck gebracht wurden, und erklärte, dass seine Organisation sich deshalb bei der Abstimmung über die neue Satzung der Stimme enthalten werde.

Roger Ferrari (SNES, FR) erinnerte die TeilnehmerInnen an den Kontext der Wirtschaftskrise und forderte die EGBW-Mitgliedsorganisationen dazu auf, sich an den für den 15. Dezember 2010 geplanten EGBW-Aktionen zu beteiligen. Herr Ferrari forderte auch eine bessere Zusammenarbeit des EGBW mit dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und allgemein mehr Handeln gegenüber den EU-Institutionen und innerhalb des EGBW.

Themis Kotsifakis (OLME, EL) bedauerte, dass die neue Satzung nicht mehr politische Orientierung enthalte. Er wies darauf hin, dass die derzeit auf Ebene der einzelnen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben von der EU und dem Internationalen Währungsfonds angeregt und/oder unterstützt worden seien. Ferner verwies er darauf, dass die öffentlichen Ausgaben für Bildung in Griechenland auf weniger als 3% des BIP gekürzt worden seien.

Stig Andersen (DLF, DK) begrüßte die neue Satzung und hob hervor, dass drei wichtige Elemente erzielt worden seien: die Einheit und Autonomie der europäischen Organisation, die Wahl des Regionaldirektors durch den Vorstand und die Tatsache, dass das EGBW sein eigenes Sekretariat behalten werde.

Denis Jouan (SNCS, FR) äußerte Bedenken bezüglich des allgemeinen Handelns gegenüber der EU, insbesondere im Bereich Forschung, und fragte, ob das EGBW im Vergleich zu Lobbygruppen, die Privatinteressen vertreten, über genügend Kapazitäten für die Lobbyarbeit verfüge.

Ryszard Mosakowski (NSZZ „Solidarnosc“, PL) fragte, ob eine polnische Nicht-BI-Mitgliedsorganisation sich am ESSDE beteiligen könne, und ob sich durch die Integration des EGBW in die BI irgendetwas am Ablauf des ESSDE ändern würde.

Martin Rømer (EGBW) ging auf einige der Stellungnahmen ein und betonte, dass der Hintergrund der Wirtschaftskrise das EGBW, insbesondere was den ESSDE, betreffe nicht von einem entsprechenden Handeln abhalten sollte. Die Europäische Kommission werde über die Änderung in der BI-/EGBW-



Förderung der Bildung im öffentlichen Sektor im Zeitalter der Sparpolitik

Struktur in Kenntnis gesetzt werden und der ESSDE werde in keiner Weise davon betroffen sein. Martin Rømer betonte auch, dass das Handeln des EGBW in Anbetracht der systemischen Unterschiede zwischen den einzelstaatlichen Realitäten des Lehrgewerkschaftswesens komplex und multidimensional sei.

Jörgen Lindholm (Läraryförbundet, SE) dankte in Bezug auf die eingebrachten Kommentare den KollegInnen, die das Wort für die wichtige, wenngleich kritische Unterstützung der vorgeschlagenen neuen Satzung ergriffen haben, und dankte insbesondere jenen KollegInnen, die sich an einem konstruktiven Dialog beteiligt hatten, um die breit angelegte Einheit zu erzielen, die in dem Vorschlag des Ausschusses/Vorstands nicht erkennbar gewesen sei.

Der Präsident rief zu einer Abstimmung über die Satzung auf und bat die StimmenauszählerInnen zu prüfen, ob die erforderliche Zweidrittelmehrheit zugunsten der neuen Satzung erzielt wurde oder ob eine Abstimmung mit Namensaufruf erfolgen müsse. Die StimmenauszählerInnen berichteten, dass die Zweidrittelmehrheit eindeutig erreicht worden sei, und dass die neue Satzung folglich als von der Konferenz angenommen erklärt werde.

Der Präsident dankte den TeilnehmerInnen, dem EGBW-Sekretariat und den DolmetscherInnen für ihre Arbeit und schloss damit die Konferenz.